

| | |
|--|----|
| 2. Materiale Gleichheit | 47 |
| 3. Gleichheit nach der Art | 47 |
| a) Auslegungsfragen | 47 |
| b) Subsumtion | 50 |
| 4. Gleichheit im Umfang | 50 |
| a) Gewichtsmäßiges Volumen der Forderungen als Vergleichsgegenstand | 50 |
| b) (Unüberwindliche) Gleichheitsprobleme | 52 |
| V. Übernahmeprognose für das Arbeitskampfergebnis | 56 |
| 1. Auslegungsfragen | 56 |
| a) Begriff Arbeitskampfergebnis | 56 |
| b) Begriff der Übernahme | 56 |
| c) Übernahme „im wesentlichen“ | 57 |
| 2. Prognosefragen | 57 |
| a) Zeitpunkt ex ante | 57 |
| b) Das typischerweise vorhandene Datenmaterial und seine Eignung als Prognosegrundlage | 58 |
| c) Wahrscheinlichkeitsmaßstab und Intuition | 60 |
| VI. Sonderprobleme: (Verdeckt) erhobene Forderungen | 62 |
| 1. Beschlossene Forderungen | 62 |
| 2. Fehlender Beschluß, Fragen der Gesetzesauslegung | 62 |
| 3. Praktische Bedeutung in Einzelfällen | 65 |
| VII. Zusammenfassende Verortung der Hauptprobleme | 66 |
| 1. Fortsetzung des überkommenen gewerkschaftlichen Verhaltens ... | 66 |
| 2. Änderung des überkommenen gewerkschaftlichen Verhaltens | 67 |
| 3. Hauptprobleme | 67 |

2. Abschnitt

Verfassungsrechtliche Fragen der Bestimmtheit

| | |
|---|----|
| I. Einstieg | 68 |
| 1. Problemansätze | 68 |
| 2. Betroffene Grundrechte | 69 |
| a) Koalitionsfreiheit | 69 |
| b) Eigentumsgarantie | 70 |
| II. Bestimmtheitsgrundsatz und Vorbehalt des Gesetzes (Gewaltenteilung bei Eingriffen in Art. 14 I und Art. 9 III GG) | 71 |
| 1. Entwicklung und heutiger Stand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts | 71 |

| | |
|--|----|
| 2. § 116 III 1 Nr. 2 AFG als Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz (Vorbehalt des Gesetzes) | 73 |
| a) „Wesentlichkeitstheorie“ | 73 |
| b) Möglichkeit zu klarerer Gesetzesregelung | 75 |
| III. Bestimmtheitsgrundsatz und vorausschauende Berechenbarkeit (Rechtssicherheit als Gebot des Art. 9 III GG) | 76 |
| 1. Dogmatischer Ansatz | 76 |
| 2. Die Unbestimmtheit des § 116 III 1 Nr. 2 AFG als Eingriff in den Schutzbereich des Art. 9 III GG | 77 |
| 3. Die Unbestimmtheit des § 116 III 1 Nr. 2 AFG als verfassungswidriger Eingriff in den Kernbereich des Art. 9 III GG | 78 |
| a) Regelungskompetenz des Gesetzgebers | 78 |
| b) „Schraken-Schraken“ | 79 |
| c) Inhalt des Kernbereichs | 81 |
| d) Kernbereichsverletzung | 82 |
| e) Absoluter Kernbereichsschutz | 83 |
| IV. Bestimmtheitsgrundsatz und Neutralitätspflicht des Staates nach Art. 9 III GG | 84 |
| 1. Staatsneutralität nach Art. 9 III GG | 84 |
| 2. Die Unbestimmtheit des § 116 III 1 Nr. 2 AFG und die Unsicherheit bei der (intuitiven) Subsumtion als Eingriff in das verfassungskräftige Neutralitätsgebot | 86 |
| a) Wertungsabhängige Einflußnahmen der Bundesanstalt | 86 |
| b) Problem der Finalität | 87 |
| 3. Verletzung des Kernbereichs | 89 |
| V. Ergebnis und Konsequenzen | 90 |

3. Teil

Verwaltungsverfahren und Neutralitätsausschuß

1. Abschnitt ⁶

Die „Feststellung“ des Neutralitätsausschusses

| | |
|---|----|
| I. Inhalt und Funktion der Feststellung | 92 |
| II. Rechtscharakter, Bindungswirkung und Bestandskraft der Feststellung | 93 |
| 1. Interne rechtliche Bindung der Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit | 93 |
| 2. Bestandskräftiger Verwaltungsakt mit Außenbindung gegenüber den kämpfenden Tarifvertragsparteien | 94 |

| | |
|--|----|
| 3. Verwaltungsakt gegenüber den „Fachspitzenverbänden“ | 96 |
| 4. Bindungswirkung für die potentiell leistungsberechtigten Versicherten | 98 |
| a) Kein Verwaltungsakt | 98 |
| b) Bindungswirkung über die Außenbindung der Bundesanstalt .. | 98 |

2. Abschnitt

Die Zusammensetzung des Neutralitätsausschusses als Befangenheitsproblem

| | |
|--|-----|
| I. Hinführungen | 99 |
| 1. Besorgnisse der Befangenheit beim Neutralitätsausschuß | 99 |
| a) Bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern | 99 |
| b) Beim Neutralitätsausschuß als solchem | 101 |
| 2. Betroffene der Befangenheit | 101 |
| a) Kämpfende Tarifvertragsparteien | 101 |
| b) Potentiell Leistungsberechtigte | 101 |
| c) Allgemeinheit | 102 |
| II. Ausgeschlossene Personen nach der einfachgesetzlichen Rechtslage ... | 102 |
| 1. § 16 SGB X | 102 |
| 2. § 17 SGB X | 103 |
| III. Gesetzlich institutionalisierte Befangenheit als Verfassungsverstoß ... | 103 |
| 1. Verfassungsrechtlicher Ansatz | 104 |
| 2. Ergebnis | 107 |

4. Teil

Rechtsschutz

1. Abschnitt

Rechtsschutzmöglichkeiten

| | |
|--|-----|
| I. Fachspitzenverbände | 108 |
| II. Kämpfender Arbeitgeberverband | 108 |
| 1. Klage gegen die Feststellung des Neutralitätsausschusses? | 108 |
| 2. Klage gegen die Bewilligung von Kurzarbeitergeld? | 110 |
| 3. Verfassungswidriges Rechtsschutzdefizit | 111 |
| a) Art. 19 IV GG | 111 |
| b) Art. 3 I GG | 112 |

| | |
|---|-----|
| III. Potentiell Leistungsberechtigte | 113 |
| 1. Keine Klage gegen die Feststellung des Neutralitätsausschusses ... | 113 |
| 2. Klage auf Bewilligung von Kurzarbeitergeld | 113 |

2. Abschnitt

Die Bundesanstalt als Verpflichtete aus sich widersprechenden Entscheidungen

| | |
|---|-----|
| I. Das Problem | 114 |
| II. Rechtskraftkonkurrenz | 114 |
| III. Ruhensfeststellung (bloß) des Neutralitätsausschusses und entgegenstehende Entscheidung des Sozialgerichts | 116 |

Einführung

I. Die Gesetzesänderung

Das Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen vom 15. Mai 1986¹ hat § 116 AFG in Teilen neu gefaßt. Die alte und die neue Fassung sind nachfolgend nebeneinandergestellt. Dabei sind die Änderungen durch Fettdruck kenntlich gemacht.

§ 116 a. F.

(1) Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.

(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.

(3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt, oder
2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde.

§ 116 n. F.

(1) Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.

Ein Eingriff in den Arbeitskampf liegt nicht vor, wenn Arbeitslosengeld Arbeitslosen gewährt wird, die zuletzt in einem Betrieb beschäftigt waren, der nicht dem fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages zuzuordnen ist.

(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.

(3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes nur, wenn der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuletzt beschäftigt war,

1. dem räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages zuzuordnen ist oder
2. nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages zuzuordnen

¹ BGBl. I, S. 740.

Die Bundesanstalt kann näheres durch Anordnung bestimmen; sie hat dabei innerhalb des Rahmens des Satzes 1 die unterschiedlichen Interessen der von den Auswirkungen der Gewährung oder Nichtgewährung Betroffenen gegeneinander abzuwägen.

ist und im räumlichen Geltungsbereich des Tarifvertrages, dem der Betrieb zuzuordnen ist,

- a) eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang gleich ist, ohne mit ihr übereinstimmen zu müssen, und**
- b) das Arbeitskampfergebnis aller Voraussicht nach in dem räumlichen Geltungsbereich des nicht umkämpften Tarifvertrages im wesentlichen übernommen wird.**

Eine Forderung ist erhoben, wenn sie von der zur Entscheidung berufenen Stelle beschlossen worden ist oder auf Grund des Verhaltens der Tarifvertragspartei im Zusammenhang mit dem angestrebten Abschluß des Tarifvertrages als beschlossen anzusehen ist.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht nach Satz 1 nur, wenn die umkämpften oder geforderten Arbeitsbedingungen nach Abschluß eines entsprechenden Tarifvertrages für den Arbeitnehmer gelten oder auf ihn angewendet würden.

(4) Ist bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Abs. 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt, so kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bestimmen, daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewähren ist. Erstrecken sich die Auswirkungen eines Arbeitskampfes über den Bezirk eines Landesarbeitsamtes hinaus, so entscheidet der Verwaltungsrat. Dieser kann auch in Fällen des Satzes 1 die Entscheidungen an sich ziehen.

(4) Ist bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Abs. 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt, so kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bestimmen, daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewähren ist. Erstrecken sich die Auswirkungen eines Arbeitskampfes über den Bezirk eines Landesarbeitsamtes hinaus, so entscheidet der Verwaltungsrat. Dieser kann auch in Fällen des Satzes 1 die Entscheidungen an sich ziehen.

(5) Die Feststellung, ob die Voraussetzungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 Buchstaben a) und b) erfüllt sind, trifft der Neutralitätsausschuß (§ 206 a). Er hat vor seiner Entscheidung den Fachspitzenverbänden der am Arbeitskampf be-

teiligten Tarifvertragsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(6) Die Fachspitzenverbände der am Arbeitskampf beteiligten Tarifvertragsparteien können durch Klage die Aufhebung der Entscheidung des Neutralitätsausschusses nach Absatz 5 und eine andere Feststellung begehren. Die Klage ist gegen die Bundesanstalt zu richten. Ein Vorverfahren findet nicht statt. Über die Klage entscheidet das Bundessozialgericht im ersten und letzten Rechtszug. Das Verfahren ist vorrangig zu erledigen. Auf Antrag eines Fachspitzenverbandes kann das Bundessozialgericht eine einstweilige Anordnung erlassen.

§ 116 n. F. wird durch den neu in das AFG eingefügten § 206 a ergänzt.

§ 206 a

(1) Mitglieder des Neutralitätsausschusses sind die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber im Vorstand sowie der Präsident der Bundesanstalt. Vorsitzender ist der Präsident der Bundesanstalt.

(2) Die Vorschriften, die die Organe der Bundesanstalt betreffen, gelten entsprechend, soweit Besonderheiten des Neutralitätsausschusses nicht entgegenstehen.

Gestützt auf § 116 III 2 AFG a. F. in Verbindung mit § 191 III AFG hatte der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit zur Konkretisierung des § 116 III 1 AFG a. F. als Satzung die nachfolgend in ihren wesentlichen Vorschriften abgedruckte Neutralitätsanordnung vom 25.6.1969² erlassen:

§ 1 Der arbeitslose Arbeitnehmer ist am Arbeitskampf nicht beteiligt im Sinne von § 116 Abs. 3 AFG, wenn er weder selbst streikt noch selbst ausgesperrt ist.

§ 2 Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§ 1) auf Arbeitslosengeld ruht nach § 116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AFG, wenn

- 1. der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist, weil in dem Betrieb, in dem er zuletzt beschäftigt war, andere Arbeitnehmer an einem Arbeitskampf beteiligt sind, und*

² BGBl. I, S. 582; zuletzt geändert mit BGBl. I, 1972, S. 1965.